éoliennes sur notre territoire et trois éoliennes sur le territoire d'Amblève. Il n'y a aucun problème jusqu'à présent et je suis persuadé qu'il n'y en aura jamais.

Quels conseils donneriez-vous aux autres communes qui voudraient se lancer dans l'aventure ?

Chaque commune a sa réalité… Mais je dirais qu'il faut faire participer tout le monde dès le départ. C'est l'erreur que nous avons commise lors de notre premier parc d'éoliennes : nous avions omis de collaborer avec le DNF parce que nous pensions que le parc était assez loin des forêts. Grave erreur ! C'est pour cela que je pense qu'un coordinateur pourrait anticiper les problèmes et communiquer au préalable avec les citoyens. À partir du moment où la demande est mise en route, il faut suivre la procédure et il y a déjà, ainsi, une grosse partie du dossier administratif qui est réglée avant que les citoyens n'entrent en ligne de compte.

Quel est votre avis sur la politique générale face au développement éolien en Wallonie ?

Je crois que nous sommes malheureusement un peu en retard. Nous devons, en effet, aller très vite et trouver des solutions pour compenser, de manière renouvelable, le manque d'énergie futur. Le conflit ukrainien nous prouve clairement que nous ne devons pas, non plus, être trop dépendants de l'étranger. L'éolien est donc une très bonne solution alternative. De toute façon, les communes sont aujourd'hui confrontées à de nouveaux défis, comme lors des graves inondations de l'an dernier. Les communes doivent réagir vite et, pour cela, il faut que les autres niveaux de pouvoir nous rendent la vie plus facile.

Les communes vous semblent-elles difficilement armées face à ces défis nouveaux ?

Nous n'avons pas toujours toutes les compétences nécessaires. Nous avons parfois même presque peur d'introduire des plus grands dossiers parce que nous n'en connaissons pas tous les tenants et aboutissants. Pour moi, une collaboration des autres instances politiques serait préférable à un simple avis. Mais la commune doit aussi parfois prendre des risques mesurés, comme je l'ai fait ici à Bullange, afin de trouver des recettes récurrentes. Pour moi, en ce qui concerne les énergies renouvelables, il faudrait introduire dans la loi l'idée qu'il s'agit de projets d'intérêt public. Pour moi, il est en effet dans l'intérêt public de réaliser des projets en énergies renouvelables, et notamment des éoliennes. Il y va aussi de la survie énergétique de notre planète.

UMWELT

WINDKRAFTAUSBAU: DIE AKTEURE VOR ORT HABEN DAS WORT (FORTSETZUNG UND ENDE)

Alain DEPRET,
Redaktionssekretär

Vor zwei Monaten haben wir die Stellungnahme des Verwaltungsrates des wallonischen Städte- und Gemeindeverbands zur Einpflanzung der Windräder beim Windkraft-Ausbau in der Wallonie veröffentlich, da der wallonische Städte- und Gemeindeverband aus eigener Initiative eine Stellungnahme zu diesem Thema an die Minister Willy Borsus und Philippe Henry übermittelt hatte. Diese Stellungnahme soll zu den laufenden Überlegungen in der Wallonie beitragen und einige wünschenswerte Leitlinien aufzeigen. Doch Mouvement communal belässt es nicht dabei: Nachdem wir die Bürgermeister von Andenne und Amel sowie die Interkommunalen IDETA und IPALLE zu Wort haben kommen lassen, trafen wir uns zu einer letzten Runde mit dem Bürgermeister von Büllingen zu diesem Thema.

Der im August 2009 in Betrieb genommene Windpark von Büllingen, der von Engie entwickelt wurde und aus sechs Windrädern besteht, ist bereits ein grünes Projekt, das nur einen Katzensprung von der deutschen Grenze entfernt ist. Der Park befindet sich auf dem Plateau von Bolder-Biert, in der Nähe der Dörfer Hünningen und Mürringen, auf beiden Seiten der Nationalstraße N632, die Büllingen mit Prüm in Deutschland verbindet. Er verdeutlicht das Engagement der Gemeinde für die Energiewende, indem er einen direkten Beitrag zu den Zielen der europäischen, nationalen und regionalen Politik zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen leistet.

Darüber hinaus wollten die Gemeinden Amel und Büllingen einen weiteren Windpark mit sechs Windrädern an der Grenze zwischen ihren jeweiligen Gebieten (Honsfelder Venn und Hepscheider Heide) errichten. Der Standort, auf dem der Windpark geplant ist, war in der regionalen Positivkartierung von 2013 als einziger Standort von der Größe hervorgehoben worden, der mehrere Windkraftanlagen aufnehmen kann und gleichzeitig einen ausreichenden Abstand zu den bestehenden Windparks aufweist. Im Rahmen der Projektausschreibung wählten die beiden Gemeindekollegien das Tandem der Bürgergenossenschaften Courant d'Air - Ecopower für die Entwicklung aus. Das Angebot von Courant d'Air und Ecopower sieht eine Beteiligung der Gemeinden am Betrieb von bis zu 60 % des Parks vor, während die Bürger in mindestens 40 % des Parks investieren können.

FRIEDHELM WIRTZ,

BÜRGERMEISTER VON BÜLLINGEN

„MIT EINEM REIN KOMMUNALEN PROJEKT BLEIBT MAN HERR DER LAGE VOR ORT"

Herr Bürgermeister, in Büllingen ist die Entwicklung der Windkraft bereits sehr weit fortgeschritten. Der erste Windpark stammt nämlich aus dem Jahr 2009…

In der Tat. Regieren heißt vorausschauend handeln, und gerade im Umweltbereich macht es keinen Sinn, die Augen zu verschließen und zu hoffen, dass sich die Dinge von selbst regeln werden. Für mich war bereits Anfang der 2000er Jahre klar, dass es sich um ein zentrales Thema handelt. Unser erster Windpark wurde im März 2009 in Betrieb genommen und befindet sich auf dem Plateau von Bolder-Biert, in der Nähe zur deutschen Grenze. Er wird von ENGIE verwaltet. Wir müssen aber zugeben, dass das, was damals ausgehandelt wurde, der Gemeinde finanziell gesehen nicht wirklich viel einbringt. Für diese sechs Windräder kassiert die Gemeinde Büllingen heute gerade mal 52.000 Euro pro Jahr.

Daher vielleicht die Idee, noch weiter zu gehen?

In der Tat. Obwohl wir bis dahin immer davon ausgegangen waren, dass ein Windpark ausreicht, haben wir beschlossen, ein zweites Projekt zu planen. Diesmal geschah dies jedoch gemeindeübergreifend und in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Amel (Anm. d. Red.: siehe Interview mit Amel vom letzten Monat). Die Nachfrage nach elektrischer Energie wird immer größer, und die Menschen müssen weiterhin in der Lage sein, ihre Energierechnungen zu bezahlen. Windkraft ist zweifellos eine gute Lösung. Außerdem muss ich als Verantwortlicher für die Finanzen meiner Gemeinde wiederkehrende Einnahmen generieren, da wir ansonsten in den kommenden Jahren nicht über die Runden kommen werden. Wir ländlichen Gemeinden sind zu sehr vom Ergebnis des Holzverkaufs und von der Jagdpacht abhängig, das ist sicher. Wenn ich es tatsächlich schaffen könnte, jährlich 500.000 Euro an Einnahmen für die beiden Parks zu verbuchen, wäre das nicht schlecht.

Wird Ihnen der neue Park auch ermöglichen, das Gemeindegebiet besser zu entwickeln?

Wir sind nur wenige Kilometer von Deutschland entfernt… Dort, in Nordrhein-Westfalen, haben sie die gleiche Praxis wie bei uns. Aber in Rheinland-Pfalz kann jeder über-

all Windräder aufstellen. Deshalb haben wir von Anfang an entschieden, dass dies nur auf Gemeindegrundstücken möglich sein soll, damit nicht jeder Grundstückseigentümer seinen eigenen Park aufstellen kann, und dass alle sich beteiligen können über die Gemeindekasse oder über eine Beteiligung an der Genossenschaft „Courant d'Air". Auf diese Weise behalten wir die Kontrolle über die Situation vor Ort.

Diese Projekte haben Ihnen auch die Möglichkeit gegeben, die Bürger zu konsultieren. Wie ist das gelaufen?

Nicht immer sehr gut. Bereits vor dem Start des ersten Windparks im Jahr 2009 hatten wir einige Probleme mit Bürgern. Beim zweiten Park hatte die Gemeinde Amel Glück, da die umliegenden Dörfer recht weit entfernt liegen und es daher keinen Widerstand gab. Wir hingegen mussten uns mit einer ganzen Reihe von Bürgerbeschwerden auseinandersetzen. Unter anderem aufgrund der Beschwerde einiger Anwohner ist die Akte übrigens seit drei Jahren immer noch im Staatsrat blockiert. Aus rein persönlicher Sicht ist das wirklich nicht angenehm: Ich persönlich bin für die Windkraft und habe als natürliche Person das Recht, eine Meinung zu haben, und es gab außerdem einen Beschluss des Gemeinderats mit 17 von 17 Stimmen für den Windpark. Ich bin der Bürgermeister und muss daher meinen Job machen, manchmal gegen die Meinung von Fremden, Bekannten und gar Verwandten. Das ist weder angenehm noch einfach…

Was kann Ihrer Meinung nach getan werden, um so eine Lage zu deblockieren?

Dies ist Teil des NIMBY-Phänomens: Man ist mit allem einverstanden, wenn es weit weg von zu Hause ist. Bei unserem Windkraftprojekt haben wir jedoch immer auf die Bürgerbeteiligung geachtet, insbesondere über die Genossenschaft „Courant d'Air". Wir haben sogar geplant, eine Windkraftanlage mit Geldern aus dem Gemeindehaushalt zu finanzieren. Die Gemeinde wäre also Eigentümer, womit sie betonen würde, dass es sich um einen Park der Gemeinde handelt, der zum Wohle der Anwohner, für die Bürger gebaut wurde. Ich war immer der Meinung, dass das Image der Windkraft weniger negativ sein könnte, wenn der Bürger sich an dem Projekt beteiligen und sogar Geld damit verdienen könnte. Aber gut, die nahen Anwohner werden immer dagegen sein, so ist das irgendwie nun einmal.

Könnte ein regionaler Koordinator Ihrer Meinung nach eine vermittelnde Rolle spielen?

Ich denke ja, denn jede Gemeinde muss ihre Projekte selbst verwalten und die Meinungen der verschiedenen beteiligten Akteure berücksichtigen. Aber zunächst müsste der Referenzrahmen von 2013 überarbeitet werden, denn in neun Jahren hat sich die Welt verändert. Und wenn man wirklich alternative Energien ausbauen will, muss man die erforderlichen Mittel dafür bereitstellen. Ein Koordinator könnte die Vorarbeit leisten, das ist sicher: die verfügbaren Standorte finden, sie aushandeln und mit den Gemeinden und Anwohnern besprechen. Anschließend sollte es nach der Genehmigung der Einpflanzung keine Möglichkeit mehr geben, das Projekt gerichtlich anzufechten. Wenn man also wirklich den Schritt hin zu erneuerbaren Energien machen will, sollte man das System ändern. Ich bin überzeugt, dass es nicht wenige Gemeinden gibt, deren Willen zur Windkraft aufgrund der vielen zu überwindenden Probleme gebremst wird.

Ihr zweites Projekt ist das Ergebnis der gemeinsamen Arbeit mit einer Nachbargemeinde. Ist es für Sie einfacher, es zu zweit zu entwickeln?

Unter der Voraussetzung, dass man sich zwischen Kollegien, Bürgermeistern und Gemeinderäten gut versteht. Aber meiner Meinung nach muss man nicht unbedingt eine Interkommunale gründen, um das zu erreichen. Natürlich muss man sich Hilfe von Spezialisten holen, und sei es nur, um die recht komplexen Antragsformulare auszufüllen. Wir haben daher von Anfang an mit dem Bürgermeister von Amel vereinbart, dass wir 50/50 gehen: Wir haben drei Windräder auf unserem Gebiet und drei Windräder auf dem Gebiet von Amel geplant. Bisher gab es keine Probleme, und ich bin überzeugt, dass es auch nie welche geben wird.

Welche Ratschläge würden Sie anderen Gemeinden geben, die sich auf das Abenteuer einlassen möchten?

Jede Gemeinde hat ihre eigene Realität... Aber ich würde sagen, dass man alle von Anfang an einbeziehen sollte. Das war der Fehler, den wir bei unserem ersten Windpark gemacht haben: Wir haben es versäumt, mit der Forstverwaltung zusammenzuarbeiten, weil wir dachten, dass der Park weit genug von den Wäldern entfernt ist. Das war ein großer Fehler! Deshalb bin ich der Meinung, dass ein Koordinator Probleme voraussehen und vorab mit den Bürgern kommunizieren könnte. Ab dem Zeitpunkt, an dem der Antrag auf den Weg gebracht wird, muss man das Verfahren befolgen und so ist bereits ein großer Teil der Verwaltungsakte erledigt, bevor die Bürger ins Spiel kommen.

Wie beurteilen Sie die allgemeine Politik angesichts des Ausbaus der Windenergie in der Wallonie?

Ich glaube, dass wir leider etwas zu spät dran sind. Wir müssen in der Tat sehr schnell vorankommen und Lösungen finden, um den zukünftigen Energiemangel mit erneuerbaren Energien auszugleichen. Der Konflikt in der Ukraine zeigt uns deutlich, dass wir auch nicht zu sehr vom Ausland abhängig sein dürfen. Die Windenergie ist daher eine sehr gute Alternative. Ohnehin stehen die Gemeinden heute vor neuen Herausforderungen, wie bei den schweren Überschwemmungen im letzten Jahr. Die Gemeinden müssen schnell reagieren, und dazu müssen die anderen Entscheidungsebenen uns das Leben leichter machen.

Haben Sie den Eindruck, dass die Gemeinden nur schwer für diese neuen Herausforderungen gewappnet sind?

Wir verfügen nicht immer über alle notwendigen Kompetenzen. Manchmal haben wir sogar fast Angst davor, größere Dossiers einzureichen, weil wir nicht alle Hintergründe und Zusammenhänge kennen. Ich würde eine Zusammenarbeit der anderen politischen Instanzen einem einfachen Gutachten vorziehen. Aber die Gemeinde muss manchmal auch berechnete Risiken eingehen, wie ich es hier in Büllingen getan habe, um wiederkehrende Einnahmen zu finden. Für mich sollte in Bezug auf erneuerbare Energien die Idee in die Gesetzgebung aufgenommen werden, dass es sich um Projekte von öffentlichem Interesse handelt. Für mich ist es in der Tat von öffentlichem Interesse, Projekte im Bereich erneuerbare Energien, insbesondere Windräder, zu realisieren. Es geht auch um das energetische Überleben unseres Planeten.